

/// Die Union muss sich der politischen Mitte weiter annähern

DIE AfD ALS CHANCE FÜR DIE UNION

MATTHIAS JUNG /// Die Etablierung der AfD geht bisher zu Lasten aller Parteien. Insofern kann ihr Erfolg keineswegs primär als Reaktion von Wählerschichten erklärt werden, die vom Modernisierungskurs der Union verschreckt sind. Eine Etablierung der AfD bietet für die Union sogar eine doppelte Chance: Zum einen wird ihre Fokussierung auf die politische Mitte glaubwürdiger, wenn rechtspopulistische Positionen außerhalb der Union ihre Heimat finden. Und zum anderen wird es schwerer für Rot-(Rot-)Grün, zu parlamentarischen Mehrheiten zu kommen.

Der vermeintlich unaufhaltsame Aufstieg der AfD und ihre Etablierung im Parteiensystem der Bundesrepublik wurden vor allem nach den Erfolgen bei der Europawahl und den drei Landtagswahlen 2014 diagnostiziert. Im Gegensatz zur Bundestagswahl waren dies allerdings alles Wahlen von sehr nachgeordneter Bedeutung. Die meisten Bundesbürger erachten Landtagswahlen und schon gar die Europawahl als unwichtige Wahlen, bei denen auch schon in der Vergangenheit öfters „experimentelles“ Wahlverhalten feststellbar war. Zudem zeichneten sich alle vier Wahlen durch eine sehr niedrige Wahlbeteiligung aus, wodurch besonders emotionalisierte und mobilisierte

Gruppen leicht ein relativ stärkeres Gewicht an der Wahlurne erreichen können. Zusätzlich relativierend ist anzumerken, dass die Landtagswahlen im Herbst 2014 alle im Osten stattgefunden haben und zusammen nur knapp 12 % der bundesdeutschen Wahlberechtigten betrafen. Die Wahl in Hamburg wiederum hat eher kommunalen Charakter.

AfD und die Linke

Dennoch lohnt es sich, die Strukturen der Wählerschaften insbesondere bei den Landtagswahlen genauer zu betrachten. Die AfD erzielte in Sachsen und Thüringen Ergebnisse um 10 % und in Brandenburg sogar mehr als



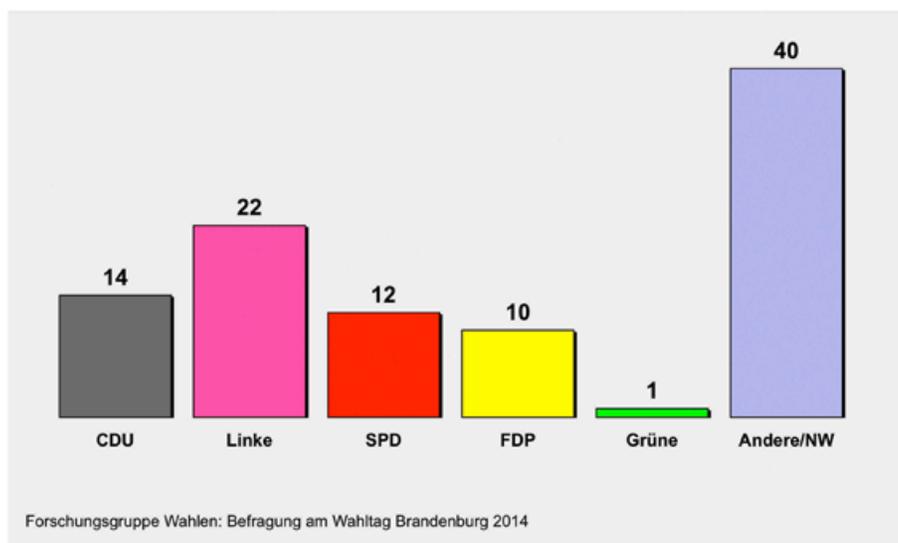
Hier ist für die Union nichts zu holen:
Die Union muss sich eindeutig von der
AfD und von PEGIDA abgrenzen.

12 %. Entgegen den Erwartungen vieler Kommentatoren, die von einem Wahlerfolg der AfD vor allem zu Lasten der Union ausgingen, zeigte die Befragung am Wahltag¹, bei der die Wähler unmittelbar nach dem Verlassen des Wahllokals sowohl nach ihrer gerade getätigten Wahlentscheidung als auch nach der Erinnerung an ihr vergangenes Wahlverhalten gefragt wurden, keineswegs ein AfD-Ergebnis, das primär zu Lasten der Union gegangen ist. Insgesamt kamen die meisten Wähler der AfD von der Linken. Die Union hingegen konnte mit Ausnahme von Sachsen, wo sie Verluste von 0,8 Prozentpunkten hinnehmen musste, trotz des guten Abschneidens der AfD im Vergleich zur jeweils vorausgegangenen Landtagswahl zulegen

(Thüringen +2,3 und Brandenburg +3,2). Während in Sachsen jeder vierte AfD-Wähler angab, davor die CDU gewählt zu haben, aber nur gut jeder Zehnte die Linke, rekrutierte die AfD in Thüringen etwas mehr Wähler aus dem ehemaligen Wählerlager der Linken als aus dem der CDU. In Brandenburg, wo die AfD am besten abgeschnitten hat, waren 22 % ihrer Wähler ehemalige Wähler der Linken und nur 14 % ehemalige der CDU. In Hamburg kam der größte Anteil der AfD von denjenigen, die bei der vorausgegangenen Wahl entweder nicht gewählt oder für eine der nicht etablierten Parteien gestimmt hatten. Lediglich ein Viertel der AfD-Stimmen – also insgesamt 1,5 % – stammten von der CDU.

Brandenburg: Von den AfD-Wählern hatten 2009 gewählt:

FORSCHUNGSGRUPPE
WAHLEN E.V. 



AfD-Wähler sind mehr politisch und ökonomisch frustrierte **PROTEST-WÄHLER und weniger von der CDU enttäuschte Abweichler.**

Die Daten zeigen, dass es sich beim Erfolg der AfD bei den zuvor genannten Wahlen nicht primär um eine Abwendung bürgerlich-konservativer Wählerschichten handeln kann, die vom Modernisierungskurs der Union verärgert sind. Vielmehr deutet dieser Befund darauf hin, dass es sich eher um allgemein politisch und ökonomisch enttäuschte Protestwähler handelt, die in den neuen Bundesländern früher überwiegend von der Linken gebunden worden sind und die jetzt die AfD als Plattform ihrer Unzufriedenheit benutzen, ohne dass sie von der AfD eine Lösung konkreter politischer Probleme erwarten.

Zwar ergibt sich in den drei Bundesländern kein vollkommen einheitliches Bild, aber in Brandenburg geben unterdurchschnittlich viele AfD-Anhänger an, dass es ihnen wirtschaftlich gut geht. In Sachsen und vor allem in Thüringen sind AfD-Anhänger häufiger der Meinung, dass sie „weniger haben, als ihnen gerechterweise zusteht“. Allerdings ist die ökonomische Unzufriedenheit bei AfD-Wählern deutlich schwächer ausgeprägt als z. B. bei den Wählern der NPD, bei denen ein weit überdurchschnittlicher Anteil angibt, dass es ihnen wirtschaftlich eher schlecht geht. Unabhängig davon glaubt nur eine Minderheit der AfD-Wähler, dass die von ihnen präferierte

Partei auch die größte Wirtschaftskompetenz besitzt.

Unzufriedenheit mit Demokratie

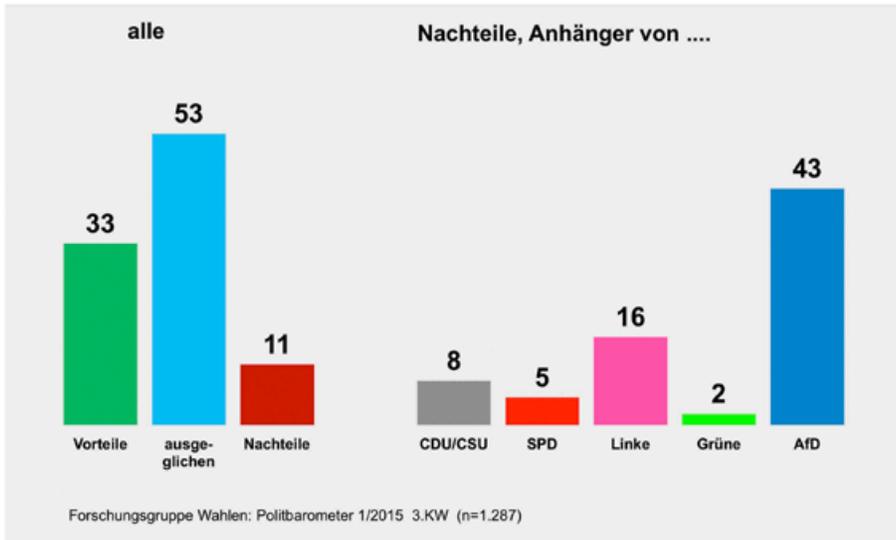
Zu diesen Einstellungen im ökonomischen Bereich, die ganz ähnlich ausfallen wie bei den Wählern der Linken, kommt eine auch in bundesweiten Umfragen feststellbare generelle Unzufriedenheitsbekundung mit der Demokratie in Deutschland, die ebenfalls eine große Ähnlichkeit der Einstellungsmuster zwischen Linken und AfD auf der einen Seite und den anderen Parteien auf der anderen Seite aufzeigt: Auf die allgemeine Frage, ob die Menschen mit der Demokratie in Deutschland eher zufrieden sind oder eher unzufrieden, äußern jeweils rund drei Viertel der Anhänger von Union, SPD und Grünen eine Zufriedenheit, während nur 45 % der Anhänger der Linken und sogar nur 33 % derjenigen der AfD diese Meinung vertreten.²

AfD-Wähler sind wie die Linken mit den **DEMOKRATISCHEN Strukturen in Deutschland unzufrieden.**

Keine Ähnlichkeiten hingegen lassen sich zwischen den Anhängern der Linken und der AfD finden, wenn es um Fragen des Verhältnisses zu Ausländern und Positionen beim Thema Euro geht.

Auf die Frage, ob man glaubt, dass die in Deutschland lebenden Ausländer für Deutschland eher Vorteile bringen, eher Nachteile bringen oder ob sich Vor- und Nachteile eher ausgleichen, gehen 11 % der Gesamtbevölkerung davon aus, dass die Ausländer in Deutschland unserem Land eher Nachteile bringen. In allen Partei-Anhängergruppen außer

Ausländer in Deutschland bringen für Deutschland eher ...



bei der AfD liegen die entsprechenden Werte zwischen 16 % (Linke-Anhänger) und 2 % (Grüne-Anhänger). Bei den Anhängern der AfD hingegen gehen 43 % eher von Nachteilen aus, womit sich diese Partei-Anhängergruppe mehr als deutlich von allen anderen Parteilagern unterscheidet.³

Diese deutliche Distanz der potenziellen AfD-Wähler wird auch bei der Bewertung der PEGIDA-Bewegung sichtbar: In der Gesamtbevölkerung Deutschlands beurteilen die PEGIDA-Bewegung lediglich 18 % eher als gut (im Osten sind es immerhin 28 %), einzig unter den AfD-Anhängern gibt es eine überdeutliche Mehrheit von 75 %, die eine positive Bewertung von PEGIDA abgibt.⁴

Für einen Verbleib Griechenlands im Euro spricht sich eine Mehrheit von 54 % der bundesrepublikanischen Bevölkerung aus. Lediglich 36 % sind gegen einen solchen Verbleib (10 % weiß nicht). In allen Partei-Anhängergruppen außer der AfD gibt es eine deutliche Mehrheit für einen Verbleib Griechenlands im Euro (54 % bis 75 %). Lediglich bei den Anhängern der AfD will nur eine Minderheit von 26 % Griechenland im Euro halten.⁵ Diese Frage wurde übrigens nach der Wahl in Griechenland nicht viel anders beantwortet als davor. Diese Daten auf der Einstellungsebene beschreiben sehr deutlich, dass die Anhänger der AfD bei diesen Themen eine Sonderstellung in der Gesamtheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung einnehmen.

Abgrenzung der Union von der AfD

Bei den bisherigen Wahlen, die jedoch nur mit Vorsicht auf zukünftige „wichtige“ Wahlen wie in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen übertragen werden können, ist keine überdurchschnittliche Beeinträchtigung des Abschneidens der Union feststellbar. In Hamburg ging das schlechte Abschneiden der CDU ja einher mit einem relativ bescheidenen Ergebnis für die AfD. Dieser Befund wird noch verdeutlicht, wenn man explizit danach fragt, wie sich die Union gegenüber der AfD verhalten sollte: Während in der Gesamtbevölkerung 20 % eine Öffnung der CDU/CSU in Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit der AfD unterstützen und 67 % dagegen sind (13 % weiß nicht), plädieren von den Anhängern der CDU/CSU lediglich 15 % für mehr Zusammenarbeit mit der AfD, aber 75 % sprechen sich dagegen aus.⁶ Diese Bewertung ist auch vor dem Hintergrund einer weit verbreiteten Stigmatisierung der AfD zu sehen: Während nur 27 % aller Befragten der Meinung sind, dass man die Linke nicht wie eine normale Partei behandeln soll, meinen Gleiches von der AfD 47 %, und nur 37 % sind der Auffassung, dass man mit der AfD umgehen sollte wie mit einer normalen Partei.⁷

Eine überdeutliche Mehrheit der AfD-Wähler bewertet die PEGIDA-Bewegung als **POSITIV**.

Entsprechend dieser klaren Abgrenzung von der AfD ist eine potenzielle Koalition aus CDU/CSU und AfD dasjenige Koalitionsmodell, das im Vergleich zu allen anderen Möglich-

keiten am seltensten präferiert wird (13 %). 65 % fänden eine solche Koalition eher schlecht. Noch weniger Unterstützung als in der Gesamtbevölkerung findet eine mögliche Regierung aus CDU/CSU und AfD bei den Unionsanhängern, wo lediglich 9 % ein solches Regierungsmodell als gut bewerten, aber 70 % als schlecht.⁸

Am erfolgreichsten scheinen Parteien zu sein, wenn sie dem Kurs der **MITTE folgen.**

Strategische Folgerungen

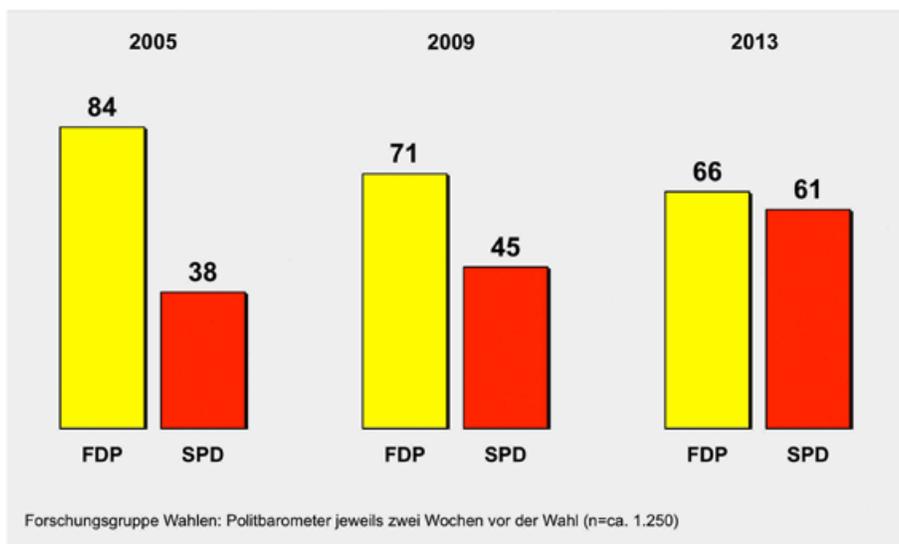
Was folgt aus diesem Befund für die strategische Situation der Union? Unmittelbar nach dem erfolgreichen Erscheinen der Alternative für Deutschland haben viele Kommentatoren und Parteifunktionäre den bekannten Satz von Franz Josef Strauß zitiert, dass es „rechts von der CSU keine demokratisch legitimierte Partei geben darf“. Diese Aussage stammt aus einer Analyse des damaligen CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten nach der Landtagswahl in Bayern 1986. Damals hatten die Republikaner 3 % der Stimmen in Bayern erzielt. Trotz heftigster Bemühungen der CSU, dieser Partei am rechten Rand entgegenzutreten, kamen die Republikaner bei der Europawahl 1989 in Bayern auf ein Ergebnis von 14,6 %. Strauß blieb es erspart, dies noch miterleben zu müssen.

Mit Sicherheit war die Beurteilung des CSU-Vorsitzenden unter den Bedin-

gungen des damaligen Parteiensystems richtig. Das Parteiensystem bis weit in die 90er-Jahre war durch eine klare Lagerstruktur geprägt. Es war für die jeweiligen Parteien kaum möglich, in größerem Umfang Wähler aus dem jeweils anderen politischen Lager dazuzugewinnen. Insofern stellte das Aufkommen einer neuen Partei im jeweiligen Lager eine massive Bedrohung für die etablierten Parteien des jeweils gleichen Lagers dar. Sehr eindrucksvoll sichtbar wurde dies beim Aufkommen der Grünen, das weitgehend zu Lasten der SPD ging. Unser heutiges Parteiensystem ist jedoch keineswegs mehr durch so eine eindeutige Lagerorientierung geprägt. Durch die rasante Entideologisierung des Politischen ist die Volatilität im Wahlverhalten bei gleichzeitiger programmatischer Annäherung der eta-

blierten Parteien deutlich angestiegen. Dadurch haben insbesondere die beiden großen Volksparteien grundsätzlich die Chance, auch Wähler in bedeutendem Umfang im jeweils anderen Wählerlager dazuzugewinnen. Dass ein Kurs der Mitte nicht nur für die Union erfolgreich sein kann, zeigt gerade auch das Wahlergebnis der SPD in Hamburg. Entscheidende Wahlerfolge sind nämlich inzwischen nur noch möglich, wenn sich die Volksparteien in der Mitte und damit jeweils teilweise im ehemals anderen Wählerlager etablieren können. Diese deutliche Veränderung der Rahmenbedingungen unseres Parteiensystems wird zum Beispiel sehr plastisch, wenn man sich die Koalitionsbewertungen der Unionsanhänger jeweils vor den letzten drei Bundestagswahlen anschaut.

CDU/CSU-Anhänger: Fände gut, eine Koalition mit ...



Während bei der Bundestagswahl 2005 die Unionsanhänger noch ganz eindeutig eine Koalition mit der FDP einer großen Koalition vorzogen, war vor der letzten Bundestagswahl bei den Unionsanhängern fast eine Äquidistanz entstanden. Auch bei einer Analyse der Wählerpotenziale, bei der nicht nur die Wahlabsicht berücksichtigt wird, sondern auch das, was sich die Wählerinnen und Wähler an anderen Parteien

Die Union muss sich der politischen Mitte annähern, da sie sich nicht mehr auf ihre Kernklientel wie z. B. im KATHOLISCHEN Milieu stützen kann.

noch vorstellen können zu wählen, zeigt es sich, dass die Schnittmengen zwischen Union, FDP, SPD und Grünen inzwischen ähnlich groß geworden sind: So konnten sich unmittelbar vor der letzten Bundestagswahl 17 % aller Wahlberechtigten vorstellen, sowohl die Unionsparteien als auch die FDP zu wählen, gleichfalls 17 % konnten sich vorstellen, sowohl die Union als auch die Sozialdemokraten zu wählen, und sogar 13 % waren für eine Wahl von Union und Grünen grundsätzlich offen. Deutlich isoliert hingegen blieben die Potenzial-Überschneidungen an den jeweiligen Rändern des Parteiensystems: Nur 9 % der Wähler konnten sich jeweils vorstellen, Sozialdemokraten oder Linke zu wählen, und nur für 6 % war sowohl eine Wahl von CDU/CSU als auch AfD denkbar.⁹

Wenn aber das Aufkommen einer neuen Partei rechts von der Union nicht zwangsläufig zu einem Nullsummenspiel im entsprechenden Lager führt, sondern wenn die Union mögliche Ver-

luste an diese Partei durch Zugewinne in der politischen Mitte mindestens kompensieren kann, dann ist die Aussage von Franz Josef Strauß unter den heutigen Bedingungen des Parteiensystems kein strategisches Muss für die Union.

Wählerreservoir der politischen Mitte

Entscheidend für den Erfolg der CDU/CSU ist deshalb in erster Linie, in welchem Umfang es ihr gelingt, Wähler in der politischen Mitte zu erreichen. Diese Aufgabe ist von strategisch übergeordneter Bedeutung und auch ganz unabhängig von der Zukunft der AfD. Diese besondere Notwendigkeit, in großem Umfang Wähler in der politischen Mitte dazuzugewinnen, ergibt sich aus der Altersstruktur der Wählerschaft der CDU/CSU: Im Gegensatz zu allen anderen Parteien liegen die Schwerpunkte der Zustimmung zu den Unionsparteien in den älteren Wählerschichten. Daraus resultiert aber auch die Tatsache, dass die Wähler der Union viel schneller wegsterben als die der anderen Parteien. So erleidet die CDU/CSU pro Legislaturperiode allein durch Tod ihrer Wähler Verluste von gut einer Million. Insofern muss sie von Wahl zu Wahl neue Wähler in dieser Größenordnung dazugewinnen, um wenigstens ihr Ergebnis halten zu können. Selbst wenn eine Partei wie die AfD aus allen Wählerlagern ihre Anhänger rekrutieren kann, bedeutet dies zusätzliche Verluste für die CDU/CSU, die ebenfalls kompensiert werden müssen.

Schrumpfende Kernklientel der Union

Konservative und traditionelle Kommentatoren und Parteivertreter fordern immer wieder die Rückbesinnung der Union auf ihre klassische Kernklientel.

Dies ist in der Vergangenheit, die jetzt aber auch schon länger zurückliegt, in erster Linie die Gruppe der kirchlich gebundenen Katholiken gewesen. Durch die Säkularisierung unserer Gesellschaft und die massive Zurückdrängung alles Ideologischen und Konfessionellen hat die Bedeutung dieser gesellschaftlichen Gruppe in den letzten Jahrzehnten aber erheblich an Bedeutung verloren: So ist der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung nicht nur durch das Hinzukommen der überwiegend konfessionslosen neuen Bundesländer eingebrochen, sondern auch, weil selbst im Westen die Zahl der Kirchenaustritte und Todesfälle die Zahl der Taufen deutlich übersteigt.

Aber nicht nur der Anteil der Katholiken als solcher ist stark rückläufig, vor allem ist der Anteil innerhalb der sinkenden Zahl von Katholiken, die sich der katholischen Kirche verbunden fühlen, massiv zurückgegangen: Während noch in den 60er-Jahren rund die Hälfte aller westdeutschen Katholiken sich stark mit der katholischen Kirche identifiziert hat, beträgt der entsprechende Anteil heute gerade mal 20 %. Bezogen auf die Gesamtheit aller Wahlberechtigten in Deutschland stellen die Katholiken mit einer starken Kirchenbindung gerade 8 % aller Wahlberechtigten. Während bei der Bundestagswahl 1976 noch 37 % aller Wähler der CDU/CSU aus der Gruppe der Katholiken mit starker Kirchenbindung stammten, waren das trotz seither fast unverändertem Wahlverhalten innerhalb dieser Gruppe bei der letzten Bundestagswahl nur noch 9 %. Selbst wenn es gelänge, den Wahlanteil für die CDU/CSU in dieser Gruppe von zur Zeit über 70 % auf unrealistische 90% zu steigern, wäre mit

diesem Zugewinn keine wesentliche Verbesserung des Gesamtergebnisses der CDU/CSU zu erreichen. Es ist somit offensichtlich, dass die Rekrutierung neuer Wähler schon aus quantitativen Gründen nicht überwiegend aus der alten Kernklientel der CDU/CSU erfolgen kann.

Zielgruppen der politischen Mitte

Entscheidend für die Chancen, neue Wähler für die CDU/CSU zu gewinnen, sind somit die Rahmenbedingungen, die in der politischen Mitte unserer Gesellschaft zu finden sind. Dass die politische Mitte für eine solche Strategie der sinnvollste Bereich ist, ergibt sich schon aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke. So finden sich in unserer heutigen Gesellschaft die allermeisten Wählerinnen und Wähler in der politischen Mitte: Bei einer Selbsteinstufung auf der Rechts-Links-Skala beispielsweise sortieren sich mehr als 60 % aller Befragten in einer sehr eng gefassten Mitte ein. Weitere 20 % kommen hinzu, wenn man den Begriff der politischen Mitte etwas weiter fasst. Somit sprechen wir von bis zu 80 % der Gesamtbevölkerung, wenn die politische Mitte in den Blick genommen wird.

Wenn es um die Bestimmung von konkreten Zielgruppen geht, um die sich die Union zukünftig noch stärker kümmern muss, um erhebliche Wähler-

Bei der **ZIELGRUPPENDISKUSSION** muss die Union auch unmittelbar nicht erreichbare demographische Gruppen berücksichtigen.

massen dazuzugewinnen, müssen auch die großen demographischen Gruppen berücksichtigt werden, in denen sie bisher unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt hat. Bei der Definition von Zielgruppen muss man sich zudem von der Idee befreien, dass es immer nur darum geht, Zielgruppen direkt zu bedienen. Man kann auch bei bestimmten Zielgruppen punkten, wenn man dringende gesellschaftliche Probleme löst, auch wenn von diesen Lösungen die ins Auge gefassten Zielgruppen nicht unmittelbar profitieren. So dürfte beispielsweise eine wirksame Integration von Ausländern und Flüchtlingen in den ökonomischen Produktionsprozess nur wenig bei den davon unmittelbar Profitierenden zu Buche schlagen. Eine moderne aufgeschlossene Mittelschicht wird es aber gerne sehen, wenn aus sozialhilfeberechtigten Flüchtlingen und Asylanten leistungsorientierte Werkstätige werden. Ebenso positiv nehmen es auch Großmütter mit einer eigenen Hausfrauenkarriere auf, wenn sie sehen, dass für ihre berufstätige Tochter Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es dieser erlaubt, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können.

Glaubwürdigkeit der Modernisierung

Wenn die Union in der modernen politischen Mitte überzeugen will, dann darf sie insbesondere nicht als die Partei der Ewiggestrigen verdächtigt werden, die versucht, mit den Antworten von gestern die Probleme der Zukunft lösen zu wollen. Diese Herausforderung der programmatischen Modernisierung ist heute ähnlich groß wie die programmatische Modernisierung, die der junge Helmut Kohl der CDU in den 70er-Jahren zugemutet hat und die die

Grundlage für seine langjährige Regierungstätigkeit war. Es ist dabei weder sinnvoll noch notwendig, die programmatische Modernisierung der Union als reine Sozialdemokratisierung zu betreiben. Die Union darf sich aber der Notwendigkeit nicht verweigern, Antworten auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen und der modernen Strukturen in Familie und Wirtschaft zu suchen.

Die Chancen für Rot-Grün werden sich durch den Einzug der AfD in die Parlamente **VERRINGERN.**

Die Etablierung der AfD kann sich dabei als hilfreich für die Verbesserung der Glaubwürdigkeit der Union erweisen. Sie kann rechtspopulistische Positionen und Personen außerhalb einer sich von der AfD entschieden abgrenzenden Union binden. Die CDU/CSU ist durch die bloße Existenz der AfD vom latenten Vorwurf befreit, rechts zu sein, was anders als in den meisten europäischen Ländern in Deutschland einen stigmatisierenden Charakter hat. Aber auch wenn es die AfD der CDU/CSU erleichtert, so muss sich die Union dennoch intensiv darum bemühen, ihren Modernisierungsprozess weiter voranzutreiben und zukunftsweisende Antworten auf gesellschaftliche und soziale Probleme gerade auch angesichts der demographischen Verwerfungen zu geben. Hier wird mehr Mut als Angst vor dem ein oder anderen Tabubruch benötigt.

Verringerte Mehrheitschance für Rot-(Rot-)Grün

Neben der unfreiwilligen Unterstützung der AfD für die programmatische Mo-

denisierung der Union spricht einiges dafür, dass sich durch einen Einzug der AfD in wichtige westliche Landtage (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen) die Chancen für parlamentarische Mehrheiten von Rot-Grün oder sogar Rot-Rot-Grün deutlich verringern. Dies ist jedenfalls dann der Fall, wenn weiterhin wesentliche Teile der AfD-Wählerschaft nicht nur aus dem Unionswählerlager kommen.

Diese beiden positiven Effekte für die Union kommen aber nur zum Tragen, wenn die CDU und die CSU eine geschlossene und eindeutige Abgrenzung von der AfD vornehmen. Dabei würde eine zu intensive Auseinandersetzung mit der AfD nur zu deren Aufwertung führen. Ein weitgehendes „rechts-Liegenlassen“ verspricht den größeren Effekt. Jeder Ansatz einer Kumpanei hingegen (wie zuletzt in Thüringen) beschädigt die Chancen der Union, sich als die alternativlose Partei der politischen Mitte weiter zu etablieren.

Das Wahlergebnis in Hamburg hat gezeigt, dass der Aufstieg der AfD im Westen auch bei für die AfD günstigen Rahmenbedingungen (Euro-Krise, hohe Relevanz der Ausländerproblematik) offensichtlich begrenzt bleibt. Gleichzeitig scheint sich die AfD aber so weit zu stabilisieren, dass mit einer Etablierung auch in anderen westlichen Ländern zu rechnen ist, was aus den zuvor beschriebenen Gründen die Mehrheitschancen für Rot-(Rot-)Grün in Zukunft deutlich reduzieren dürfte. Wenn also die Union in Bezug auf die AfD einen kühlen Kopf bewahrt, sich von ihr klar abgrenzt und sich gleichzeitig intensiv um die Lösung der anstehenden Probleme kümmert, ohne populistische

Positionen zu bedienen, kann sie dank der Präsenz der AfD beim Volatilitätspublikum in der politischen Mitte weiter an Glaubwürdigkeit gewinnen. Aus diesen Gründen kann sich das Erscheinen der AfD im politischen System mehr als Segen denn als Fluch für die Union erweisen. ///



/// MATTHIAS JUNG

ist Vorstand der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim.

Anmerkungen

¹ Forschungsgruppe Wahlen: Befragung am Wahltag (exit poll); jeweils gut 15.000 Interviews.

² Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer 5. KW/2015 – repräsentative Bundesumfrage (hier und im Folgenden jeweils gut 1.250 Befragte).

³ Politbarometer 3. KW/2015.

⁴ Politbarometer 5. KW/2015.

⁵ Ebd.

⁶ Politbarometer 50. KW/2014.

⁷ Ebd.

⁸ Politbarometer 39. KW/2014.

⁹ Politbarometer 37. KW/2013.